

Evangelisches Klinikum Westerwald gGmbH

Beschaffung von Komponenten zur Erweiterung der bestehenden (Net)Backup-Infrastruktur inkl. Lizenzen, Thin-Client-Arbeitsplätzen, Citrix- und Sophos Erweiterung und Microsoft Windows Server Lizenzierung für das Evangelische Klinikum Westerwald gGmbH

Angebotsunterlagen

Bieter:

In diesen Angebotsunterlagen enthaltene Formblätter und Checklisten:

1. Angebotsformblatt (Anschreiben und Checkliste)
2. Erklärung der Bietergemeinschaft
3. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§§ 123, 124 GWB) [PL1]
4. Eigenerklärung zum Unternehmen [PL2]
5. Eigenerklärung zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen der Ausschreibung [PL3]
6. Eigenerklärung zum 5. EU-Sanktionspaket – RUS-Sanktionen und dem dort enthaltenen Verbot von Auftragserteilungen an russische Staatsangehörige, Unternehmen und Lieferanten [PL4]
7. Eigenerklärung über den jährlichen Gesamtumsatz des Bieters in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren [WL]
8. Eigenerklärung über das jährliche Mittel der Beschäftigten für den maßgeblichen Bereich bzw. Geschäftsbereich in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren [TL1]
9. Formblatt für Referenzprojekte (Eigenerklärungen) [TL2]
10. Datenschutzerklärung

1) **Angebotsformblatt**

Name des Bieters (Einzelunternehmen/ Bietergemeinschaft)

Postanschrift (bei Bietergemeinschaften nur Anschrift des Bevollmächtigten)

Evangelisches Klinikum Westerwald gGmbH

- Angebot (Net)Backup-Infrastruktur -

Hachenburger Straße 16

56269 Dierdorf

Ort/ Datum

ANGEBOT

an dem Vergabeverfahren „Beschaffung von Komponenten zur Erweiterung der bestehenden (Net)Backup-Infrastruktur inkl. Lizenzen, Thin-Client-Arbeitsplätzen, Citrix- und Sophos Erweiterung und Microsoft Windows Server Lizenzierung für das Evangelische Klinikum Westerwald gGmbH“

Ich/ wir geben ein Angebot für das o.a. Vergabeverfahren ab. Bestandteile unseres/ meines Angebots sind folgende Erklärungen und Angaben:

Angebotsunterlagen

- ☐ Leistungsverzeichnis (ausgefüllt – Register „2. Angebot“ und „3. Leistungsverzeichnis“)

Auskünfte zum Bieter

- ☐ Angebotsformblatt (dieses Formblatt)
- ☐ Erklärung der Bietergemeinschaft (falls zutreffend)
- ☐ Datenschutzerklärung

Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- ☐ Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§§ 123, 124 GWB) [PL1]
- ☐ Eigenerklärung zum Unternehmen [PL2]
- ☐ Eigenerklärung zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen der Ausschreibung [PL3]
- ☐ Eigenerklärung zum 5. EU-Sanktionspaket – RUS-Sanktionen und dem dort enthaltenen Verbot von Auftragserteilungen an russische Staatsangehörige, Unternehmen und Lieferanten [PL4]

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- ☐ Eigenerklärung über den jährlichen Gesamtumsatz des Bieters in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren [WL]

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- ☐ Eigenerklärung über das jährliche Mittel der Beschäftigten für den maßgeblichen Bereich bzw. Geschäftsbereich in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren [TL1]

☐ Formblatt für Referenzprojekte (Eigenerklärungen) [TL2]

Zur Beantwortung von Fragen und Entgegennahme von Informationen zur Ausschreibung wird der Vergabestelle folgender Ansprechpartner benannt:

Name:	
E-Mail:	
Telefon:	

Ich bin mir/ wir sind uns bewusst, dass wissentlich falsche Angaben oder Erklärungen meinen/ unseren Ausschluss vom Vergabeverfahren zur Folge haben können.

Diese Angebotsunterlagen und die zur Verfügung gestellten Formblätter sind zwingend zu verwenden.

Angebote sind ausschließlich elektronisch über die Vergabepattform zu übermitteln!

Ort, Datum

Erklärende Person

(bei Bietergemeinschaften nur durch den Bevollmächtigten)

2) Erklärung der Bietergemeinschaft (falls zutreffend)

Bietergemeinschaft:	
---------------------	--

Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Bietergemeinschaft

Mitglied Übernommener Teilbereich	
Mitglied Übernommener Teilbereich	
Mitglied Übernommener Teilbereich	
Mitglied Übernommener Teilbereich	
Mitglied Übernommener Teilbereich	

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden (ggf. gesondertes Blatt verwenden, sofern mehr als fünf Mitglieder).

Bevollmächtigter Vertreter:	
-----------------------------	--

Wir erklären, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,

- der bevollmächtigte Vertreter mit uneingeschränkter Wirkung berechtigt ist, für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen,
- der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, im Rahmen des Vergabeverfahrens uneingeschränkt im Namen aller Mitglieder der Bewerber-/ Bietergemeinschaft zu handeln,
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

_____	_____
Ort, Datum	Erklärende Person
_____	_____
Ort, Datum	Erklärende Person
_____	_____
Ort, Datum	Erklärende Person
_____	_____
Ort, Datum	Erklärende Person
_____	_____
Ort, Datum	Erklärende Person

(Ggf. weiteres Blatt verwenden)

3) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen [PL1]

Bieter:	
---------	--

1.) Mir/ Uns ist bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen werden muss, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen:

- a) § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- b) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- c) § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- d) § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- e) § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- f) § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- g) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- h) den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuches (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- i) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- j) den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn sie für dieses Unternehmen bei der Führung der Geschäfte selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gemäß § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) einer Person im Hinblick auf das

Verhalten einer anderen für das Unternehmen handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt.

Ich/ Wir erklären hiermit, dass keine zuvor genannten Verfehlungen vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.

Sollte eine solche Erklärung nicht möglich sein, sind die erhobenen Vorwürfe, die ermittelnde Stelle sowie der Stand bzw. der Ausgang des Verfahrens kurz darzustellen.

2.) Ich/ Wir erkläre(n), dass ich/ wir meinen/ unseren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung und – soweit erforderlich – Berufsverbänden und/ oder Berufsgenossenschaften nachgekommen bin/ sind.

3.) Mir/ Uns ist bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden können, wenn

a) das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

b) das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

c) das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Abs. 3 GWB ist entsprechend anzuwenden,

d) der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

e) ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

f) eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,

g) das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

h) das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder

i) das Unternehmen versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Ich/ Wir erklären hiermit, dass keine zuvor genannten Gründe vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.

4.) Mir/ Uns ist bekannt, dass die Nichtvorlage oder die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu meinem/ unserem Ausschluss von diesem und künftigen Vergabeverfahren sowie zur Kündigung eines etwa erteilten Auftrags führen kann.

5.) Ich/ Wir verpflichte(n) mich/ uns auch, die vorstehende Erklärung von Nachunternehmern zu fordern und diese vor Zustimmung des Auftraggebers zur Weiterbeauftragung vorzulegen.

Ort, Datum

Erklärende Person

Hinweis: Sofern Sie sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, dass Sie ausreichende Maßnahmen zur Selbstreinigung getroffen haben (§ 125 GWB). Zu diesem Zweck weisen Sie nach, dass Sie einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Als ausreichenden Beleg dafür, dass die in § 123 Abs. 1 bis 3 GWB genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber oder Bieter nicht zutreffen, erkennt der öffentliche Auftraggeber alternativ zu den entsprechenden Teilen dieser Eigenerklärung einen Auszug aus einem einschlägigen Register, insbesondere ein Führungszeugnis aus dem Bundeszentralregister oder, in Ermangelung eines solchen, eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers oder Bieters an. Als ausreichenden Beleg dafür, dass die in § 123 Abs. 4 und in § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber oder Bieter nicht zutreffen, erkennt der öffentliche Auftraggeber alternativ zu den entsprechenden Teilen dieser Eigenerklärung eine von der zuständigen Behörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers oder Bieters ausgestellte Bescheinigung an.

4) Eigenerklärung zum Unternehmen [PL2]

Die Eigenerklärung muss folgende Angaben/ Bestandteile enthalten. Bitte orientieren Sie sich an der folgenden Gliederung:

Firma	
Rechtsform	
Sitz des Unternehmens	
Gegenstand des Unternehmens	
Geschäftsleitung des Unternehmens	
Unternehmensstruktur (z.B. Muttersgesellschaften, Konzernzugehörigkeit, Niederlassungen – Organigramm)	
Darstellung der Gesellschafts- und Kapitalverhältnisse des Unternehmens	
Ggf. Angaben zur zuständigen Niederlassung	
Größe des Unternehmens	☐ Kleinstunternehmen (bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. Euro Umsatz)

	☐ Kleines Unternehmen (bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. Euro Umsatz und kein Kleinstunternehmen) ☐ Mittleres Unternehmen (bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. Euro Umsatz und kein kleines Unternehmen) ☐ Großunternehmen (über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. Euro Umsatz)
Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers/ der wirtschaftlichen Eigentümer (sofern das Unternehmen nicht börsennotiert ist)	

5) Eigenerklärung zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen der Ausschreibung [PL3]

Bieter:	
---------	--

Ich erkläre/ wir erklären, dass ich/ wir

- ☐ sämtliche datenschutzrechtlichen Anforderungen der Ausschreibung von mir/ uns erfüllt werden können – hierzu zählen insbesondere, dass
- alle Daten vor unbefugten Zugriffen und Änderungen gemäß den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) geschützt sind,
 - die Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten nur innerhalb der EU und entsprechend der Vorgaben der DSGVO erfolgt,
 - diese Regelungen auch für den Support (first, second & third level) beachtet werden,
 - die Regelungen des Kirchengesetzes über den Datenschutz der Evangelischen Kirche in Deutschland (DSG-EKD) sowie der Verordnung zur Sicherheit der Informationstechnik (ITSVO-EKD) beachten werden, wobei im Zweifel für die Verarbeitung der Daten im Auftrag die Begrifflichkeiten und Auslegungen des DSG-EKD gelten und ich/ wir uns der kirchlichen Aufsicht gemäß § 30 Abs. 5 Satz 3 DSG-EKD unterwerfen,
 - ich/ wir bereits bin/ sind, im Auftragsfall jeweils einen Auftragsverarbeitungsvertrag (AVV) mit der Evangelischen Klinikum Westerwald gGmbH zu schließen;
- ☐ nicht sämtliche Anforderungen im Auftragsfall erfüllen können (Ausschlusskriterium).

Ort, Datum

Erklärende Person

6) Eigenerklärung zum 5. EU-Sanktionspaket [PL4]

Bieter:	
---------	--

**Eigenerklärung zum 5. EU-Sanktionspaket – RUS-Sanktionen und dem dort
enthaltenen Verbot von Auftragserteilungen an russische Staatsangehörige/
Unternehmen/ Lieferanten**

gemäß Artikel 5k Absatz 1 VO (EU) 833/2014, in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der VO (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der VO (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren. Die VO gilt unmittelbar (d.h. ohne nationalen Umsetzungsakt) und ab sofort (die VO ist bereits am 9. April 2022 in Kraft getreten).

1.) Ich/ Wir erkläre(n) verbindlich, dass für mein/unser Unternehmen (ggf. zugleich in Vertretung für die laut Teilnahmeantrag/ Angebot Vertretenen auch für diese) keine der in Artikel 5k Absatz 1 der VO genannten Sachverhalte zutreffen.

2.) Ich verpflichte mich/ Wir verpflichten uns verbindlich (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag/ Angebot Vertretenen auch für diese), bei der Ausführung der auf der Grundlage dieses Vergabeverfahrens zu erbringenden Leistungen die in Artikel 5k Absatz 1 der VO genannten Verbote einzuhalten bzw. deren Einhaltung sicherzustellen.

3.) Ich/ Wir versichern (zugleich in Vertretung für die laut Teilnahmeantrag/ Angebot Vertretenen auch für diese), nicht gegen die in Artikel 5k Absatz 1 der VO genannten Verbote zu verstoßen.

Hinweis: Verboten sind nicht lediglich Auftragsvergaben an RUS Unternehmen i.S.d. Vorschrift, sondern auch eine Beteiligung solcher Unternehmen am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf betroffene Unternehmen entfallen).

Ort, Datum

Erklärende Person

7) Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers (nach den Regelungen des deutschen Handelsgesetzbuches ermittelt) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren [WL]

Bieter:	
---------	--

Umsatz [in EUR brutto]	Jahr: 2023	Jahr: 2024	Jahr: 2025
Gesamtumsatz			

**8) Eigenerklärung über das jährliche Mittel der beschäftigten Arbeitskräfte
entsprechend der Definition des § 267 HGB in den letzten drei Jahren [TL1]**

Bieter:	
---------	--

Jahr: 2023 (Aufschlüsselung nach Tätigkeiten bzw. Qualifikation)					
Geschäftsbereich	kaufmännisch	technisch	planerisch	sonstige	Gesamt
Anzahl (jahresdurchschnittlich)					
Jahr: 2024 (Aufschlüsselung nach Tätigkeiten bzw. Qualifikation)					
Geschäftsbereich	kaufmännisch	technisch	planerisch	sonstige	Gesamt
Anzahl (jahresdurchschnittlich)					
Jahr: 2025 (Aufschlüsselung nach Tätigkeiten bzw. Qualifikation)					
Geschäftsbereich	kaufmännisch	technisch	planerisch	sonstige	Gesamt
Anzahl (jahresdurchschnittlich)					

9) Referenzprojekte über die Ausführung von vergleichbaren Leistungen in Bezug auf den zu vergebenden Auftrag in den letzten maximal fünf Jahren [TL2]

Bieter:	
---------	--

Laufende Nr. der Referenz	1
Bezeichnung des Auftrags	
Genaue Beschreibung des Projekts und der wesentlichen Maßnahmen, Auftragsumfang	
Erbrachte Leistungen	
Auftragsvolumen (in EUR)	
Projektstart	
Auftraggeber (AG) mit Anschrift	
Ansprechpartner beim AG mit Kontaktdaten (Telefon, E-Mail)	

Hinweis: Vergleichbar sind Referenzen, die sich auf eine Lieferung von Lizenzen und Hardware als Komponenten einer (Net)Backup-Infrastruktur beziehen.

Bieter:	
---------	--

Laufende Nr. der Referenz	2
Bezeichnung des Auftrags	
Genaue Beschreibung des Projekts und der wesentlichen Maßnahmen, Auftragsumfang	
Erbrachte Leistungen	
Auftragsvolumen (in EUR)	
Projektstart	
Auftraggeber (AG) mit Anschrift	
Ansprechpartner beim AG mit Kontaktdaten (Telefon, E-Mail)	

Bieter:	
---------	--

Laufende Nr. der Referenz	3
Bezeichnung des Auftrags	
Genaue Beschreibung des Projekts und der wesentlichen Maßnahmen, Auftragsumfang	
Erbrachte Leistungen	
Auftragsvolumen (in EUR)	
Projektstart	
Auftraggeber (AG) mit Anschrift	
Ansprechpartner beim AG mit Kontaktdaten (Telefon, E-Mail)	

10) Datenschutzerklärung

Bieter:	
---------	--

Der Bieter erklärt sich mit Einreichung seines Angebotes damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten und vom Bieter bereitgestellten Unterlagen für das Vergabeverfahren von den Auftraggebern gespeichert und verarbeitet werden. Die Auftraggeber weisen darauf hin, dass die Auftraggeber sich bei der Durchführung des Vergabeverfahrens gegebenenfalls externer Dienstleister (z.B. Betreiber elektronischer Plattformen, externe Fachberater, Rechtsberater) bedienen und ggf. die an die Auftraggeber übermittelten Unterlagen (einschließlich darin enthaltener personenbezogener Daten) an diese Dritten zur Verarbeitung für Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens weitergeben. Die Datenschutzbeauftragten der Auftraggeber sind:

Evangelisches Klinikum Westerwald gGmbH
Daniel Schäfer
Hachenburger Straße 14
56269 Dierdorf
E-Mail: datenschutz@khds.de

Der Bieter ist verpflichtet sicherzustellen, dass die Übermittlung der personenbezogenen Daten durch den Bieter an die Auftraggeber rechtmäßig ist. Soweit notwendig, hat der Bieter die betroffenen Personen über die Übermittlung der Daten an die Auftraggeber und deren Verarbeitung für Zwecke des Vergabeverfahrens zu informieren und die Zustimmung der betroffenen Personen einzuholen. Eine gesonderte Information an die betroffenen Personen durch die Auftraggeber erfolgt nicht.

Ort/ Datum	
Erklärende Person	